

Toni Schuberl, Wilhelm-Busch-Str. 12, 94535 Eging am See

---

Seiner Exzellenz  
dem Präsidenten der  
Europäischen Kommission

Zenting, 13. April 2018

## **Verlängerung der Grenzkontrollen**

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich wende mich an Sie als Kreisrat des Landkreises Passau, welcher durch die Kontrollen der Bundesrepublik Deutschland an der Grenze zur Republik Österreich auf der Bundesautobahn A 3 besonders betroffen ist.

Es ist mir ein Anliegen, Ihnen vor einer weiteren Verlängerung der Grenzkontrollen eine kritische Sicht auf diese mitzuteilen und bitte Sie, diese mit in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen und die Genehmigung zu verweigern. Diese Kontrollen schaden unserer Wirtschaft, der inneren Sicherheit, dem geeinten Europa und dienen lediglich dem Wahlkampf der CSU in Bayern.

Die Bundesautobahn A 3 ist eine wichtige europäische Verbindungsachse. Aufgrund ihrer existenziellen Bedeutung für die Wirtschaft unserer Region, hatten niederbayerische Wirtschaftsverbände und Kommunalparlamente, darunter der Passauer Kreistag, gefordert, die A 3 von Suben an der österreichischen Grenze bis Regensburg auf 6 Spuren auszubauen, um Staubildungen zu verhindern und einen fließenden Verkehr zu ermöglichen. Wegen der Grenzkontrollen ist sie nun jedoch diejenige Autobahn Deutschlands mit dem meisten Stau. Da die Kontrollen nicht an der Grenze, sondern erst nach der ersten Ausfahrt Pocking stattfinden, ergibt sich imenser Umgehungsverkehr, der die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen mehrerer Ortschaften, insbesondere in Neuburg am Inn massiv beeinträchtigt.

Sowohl die zuständige Bundespolizei, als auch die unterstützende Landespolizei sind personell unterversorgt und können ihre sonstigen Aufgaben zum Erhalt der inneren Sicherheit in Deutschland und Bayern nicht mehr im früheren Umfang aufrechterhalten, da eine immense Menge an Personal an den Grenzübergängen gebunden ist. Darüber hinaus werden Millionen von Überstunden angehäuft, die erstens zu einer Überlastung des eingesetzten Personals führen und zweitens die Einsatzstärke der Polizei weiter schwächen. Dies ist eine bedeutende Bedrohung der inneren Sicherheit, die bisher durch das Engagement der oft am Limit und leider auch manchmal über das Limit hinaus arbeitenden Polizistinnen und Polizisten ausgeglichen werden konnte. Die Beamtinnen und Beamten sowohl der

Bundes- als auch der Landespolizei leisten hervorragende Arbeit im Dienst für Deutschland und Bayern. Umso mehr ist es eine Schande, dass die CSU diese engagierten Frauen und Männer für ihren Wahlkampf politisch missbraucht.

Den Beeinträchtigungen der inneren Sicherheit im Landesinneren steht kein ernstzunehmender Sicherheitszuwachs durch die Grenzkontrollen gegenüber. Die spektakulärsten Fälle sind über die Medien veröffentlicht worden. Es handelte sich um unversicherte, überladene oder defekte Fahrzeuge, gefälschte Führerscheine, Drogenfunde in kleineren Mengen oder massenhafte illegale Transporte von Hundewelpen. Würde man mit demselben Personalaufwand an irgendeiner gut befahrenen Autobahn innerhalb Deutschlands Kontrollen durchführen, könnte das Ergebnis nicht geringer ausfallen.

Die Bundesregierung begründete die Einführung der Binnengrenzkontrollen ursprünglich mit einer mangelhaften Kontrolle der Schengen-Außengrenzen. Dabei bezog sie sich vor allem auf die nach ihrer Sicht nicht ausreichende Abwehr von Schutzsuchenden im Mittelmeer und auf der Balkanroute. Es sollte suggeriert werden, dass Deutschland die Grenzen für Flüchtlinge schließe. Dies war jedoch gar nicht der Fall. Vielmehr wurden Flüchtlinge auch an den Kontrollpunkten ins Land gelassen und es hatten die meisten strafrechtlichen Fälle gar keinen Bezug über die Schengen-Außengrenzen hinaus oder bezogen sich auf Bürger von EU-Mitgliedern, wie Rumänien.

Da die Grenzschießung mit diesen Argumenten höchstens zwei Jahre dauern durfte, schob die Bundesregierung die Terrorgefahr als neue Begründung nach. Besonders dreist hieran ist, dass sie sich überhaupt nicht bemüht, dieses Argument mit irgendwelchen Fakten zu unterfüttern. Es genügt anscheinend, das Wort „Terrorgefahr“ zu verwenden, um europäische Regeln außer Kraft setzen zu können.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Erhard Grundl aus Niederbayern hat am 7.2.2018 bei der Bundesregierung offiziell folgende Anfrage (Arbeitsnr. 2/59, 60) gestellt:

*„Welcher Art und wie schwerwiegend sind die infolge der Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze aufgedeckten oder verhinderten Straftaten im Hinblick auf den internationalen Terrorismus, und was folgt daraus für die offizielle Begründung für die Verlängerung der Grenzkontrollen?“*

Das Bundesinnenministerium antwortete, dass zwischen dem 13.7.2015 und dem 8.2.2018 insgesamt 5.896.170 Personen kontrolliert worden seien und dass sie nicht wisse, ob es Vorgänge im Zusammenhang mit Terrorismus gab. Wörtlich heißt es:

*„Im Jahr 2017 wurden durch die an der deutsch-österreichischen Grenze zuständigen Bundespolizeiinspektionen Passau und Rosenheim rund 200 Vorgänge mit staatschutzrelevanten Bezügen erfasst. Seitens der Bundespolizei erfolgt keine weitere Ausdifferenzierung bei der statistischen Erfassung im Sinne der Fragestellung. Aus der Anzahl der erfassten Vorgänge können keine Rückschlüsse auf die Qualität der zugrunde liegenden Sachverhalte gezogen werden.“*  
*„Ausführungen über die konkrete Art und Bedeutung möglicher Straftaten mit Bezug zum internationalen Terrorismus [sind] nicht möglich, da diese Bewertung den zuständigen Staatsschutz- und Justizbehörden obliegt.“*

Deutschland kontrolliert seit zweieinhalb Jahren fast 6 Millionen Menschen an der Grenze und hat keine Ahnung, ob damit überhaupt relevante Ergebnisse erzielt worden sind. Obwohl die Gefahr durch den Terrorismus als Begründung angeführt wird, hat die Bundesregierung offensichtlich so wenig Interesse an den Ergebnissen, dass sie es nicht einmal für nötig erachtet, beim Freistaat Bayern die Ergebnisse bezüglich der staatschutzrelevanten Sachverhalte abzufragen. Dies macht besonders deutlich, dass die Kontrollen überhaupt nicht dazu angelegt sind, Terrorismus zu verhindern, sondern auf populistische Weise den Wählern zu suggerieren, die CSU unternehme etwas gegen die Einwanderung von Fremden und für die innere Sicherheit. Dabei schaden die Kontrollen aufgrund der Überlastung der Polizeieinheiten der inneren Sicherheit im Landesinneren massiv. Und die Zahl der Toten und Verletzten aufgrund der Kontrollen wegen Verkehrsunfällen, übersteigt die Zahl der Opfer islamistischen Terrors in Bayern.

Dass die Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze nicht nur als äußerstes Mittel und vorübergehend eingesetzt werden sollen, zeigen die Aussagen verantwortlicher Politiker sowie die Planung von Ministerpräsident Söder, der gerade eine dauerhafte Grenzpolizei einrichtet. Der CSU ist jedes Mittel recht, um die absolute Mehrheit bei der Landtagswahl im Herbst zu verteidigen, selbst wenn dabei Menschen geschädigt, die Sicherheit gefährdet und wirtschaftlicher Schaden verursacht werden. Dies ist ein Beispiel jenes Populismus, der unsere Demokratie und das europäische Projekt beschädigt. Europa darf nicht zum Spielball regionaler Wahlkämpfe werden.

Ich bitte Sie, im Namen all derjenigen, die persönlich unter den Kontrollen oder am Umgehungsverkehr leiden, im Namen derjenigen, die Schaden von Deutschland und Bayern abwenden wollen und denen die innere Sicherheit ein echtes Anliegen ist, sowie im Namen der vielen, die mit Leidenschaft für ein geeintes Europa ohne Schlagbäume und Kontrollen kämpfen:

**Verweigern Sie die Zustimmung zur Verlängerung der Grenzkontrollen!**

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Anton Schuberl

Anlage: Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Erhard Grundl